

# Rassismus und Politik in Europa

Autor(en): **Balibar, Etienne**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **11 (1991)**

Heft 21

PDF erstellt am: **20.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-651601>

## **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

## **Haftungsausschluss**

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

## Rassismus und Politik in Europa

Zunächst möchte ich erläutern, was mich bewogen hat, die ursprünglich vereinbarte Orientierung dieses Beitrags zu modifizieren. Der Titel unseres Kongresses 'Migration und Rassismus'\* entspricht einem schon lange, noch unter anderer Konjunktur, vorgesehenen Arbeitsprogramm. Implizit legte er zwei Gedanken nahe, die wir jetzt zu relativieren, oder genauer gesagt, in einen breiteren und komplexeren Zusammenhang zu stellen haben. Die Bedeutung der Frage, die wir mit Blick auf eine wirkliche *Menschenrechtspolitik* in den nächsten Jahren diskutieren, wird dadurch nur offenkundiger.

"Migration und Rassismus" suggeriert, dass heute zwischen diesen beiden Phänomenen, von denen eines zu den ökonomischen und demographischen Fakten, das andere zu den sozialen *Verhaltensweisen* und *Ideologien* zu gehören scheint, eine besondere Verbindung existiere. Das bedeutet, dass, wenn die aktuelle Form der Migrationen zwar nicht automatisch den Rassismus "produziert", sie ihn zumindest kristallisiert: demnach wäre der *heutige Rassismus* in unseren Ländern vor allem ein gegen die "Gastarbeiter", deren Familien und Nachkommenschaft gewendeter *Anti-Immigrierten-Rassismus*. Dies würde seine Besonderheit im Vergleich zu anderen historischen Situationen ausmachen. Das ist der erste zu untersuchende Gedanke.

Er zieht unmittelbar einen weiteren nach sich. Ist es sicher, dass eine solche Formulierung in *allen* europäischen Ländern selbstverständlich ist? In der Realität gibt es keine Uniformität der jeweiligen Länder, sondern eine Vielfalt der "nationalen" Situationen, in denen sich die Verbindung zwischen Migration und Rassismus unterschiedlich aufdrängt, in denen das Wesen der Diskriminierungen und der Umfang der politischen Folgeerscheinungen keineswegs gleich sind.

Doch hatten wir, und haben wir immer noch, Gründe anzunehmen, dass sich diese unterschiedlichen Formen gegenseitig beeinflussen und seit einigen Jahren schliesslich konvergieren, um ein neues und bedrohliches Phänomen zu produzieren, das man den *europäischen Rassismus* nennen könnte. Es handelt sich nicht allein um Analogien, sondern um institutionelle Phänomene, die der "Aufbau Europas" selbst beschleunigt und die sich aus einem Idealbild Europas speisen. Ja, die Diskriminierung gehört zur Natur der *europäischen Gemeinschaft*, da sie unmittelbar dazu führt, in jedem Land zwei Kategorien von Ausländern mit ungleichen Rechten zu definieren; die Entwicklung der politischen Strukturen der EG kann diese Tendenz nur verstärken und den "Unterschied" zwischen "Gemeinschaftsangehörigen" und "Nicht-Angehörigen" als solchen zum Gegenstand von offenen oder latenten Konflikten machen. Die Tatsache, dass in Europa ein beträchtlicher Teil der "blacks" oder der "Immigrierten" in Wirklichkeit *keine juristischen Ausländer* sind, spitzt die Widersprüche weiter zu und wirft die immer drän-

gendere Frage der *europäischen Identität* auf. Einerseits führt also das Aufkommen eines "europäischen Rassismus" auf die Stellung Europas innerhalb eines weltweiten Systems zurück, andererseits ist es nicht zu trennen von den Fragen der kollektiven Rechte, der Nationalität und der Behandlung von Minderheiten, deren realer politischer Rahmen nicht jedes einzelne Land, sondern Europa selbst ist.

(...)

Was sich abzeichnet, ist ein europäischer "melting pot" (oder ein hierarchischer Komplex ethno-sozialer Gruppen), der an die amerikanische Situation zwar erinnert, sich aber von dieser gerade dadurch unterscheidet, dass er, statt das Verschwinden der Ursprungsnationalitäten zu meinen, auf deren Perpetuierung und Vervielfachung gründet. Wenn diese Perspektiven zutreffen, bedeutet das eine Umkehrung des geschichtlichen Verlaufs von Jahrhunderten. Während Europa dreihundert Jahre lang seine politischen Modelle und die Folgen der Konfrontationen zwischen seinen Nationen und "Blöcken" in die ganze Welt exportiert hat, zeichnet sich nun das Gegenteil ab. "The world strikes back": Europa ist der Ort par excellence, an dem sich die politischen Probleme der ganzen Welt kristallisieren – wenn nicht das schwächste Kettenglied, so doch der neuralgische Punkt ihrer Widersprüche.

Wir kommen also zurück auf die Frage des Rassismus, wie er sich darstellt und entwickelt in einem solchen Rahmen. Ich bin immer mehr davon überzeugt, dass das, was wir hier haben, nicht einfach eine Variante des ehemaligen Rassismus ist. Sondern es ist eine neue Konfiguration, die das umso mehr sein wird, weil sie die Originalität der sozialen Struktur der Kräfteverhältnisse widerspiegelt, die sich innerhalb Europas am Ende des 20. Jahrhunderts entwickeln. Daher verändert sich jetzt der Sinn des Begriffs *Rasse* und seiner diversen Ergänzungen oder Substitute (wie Farbe, Kultur, Ethnizität, Exteriorität, Immigration, gelegentlich Religion etc.), wie er sich schon zwei oder drei Mal in der modernen Geschichte gewandelt hat. Doch damit sich ein solches Gebilde tatsächlich kristallisiert, indem es sich zugleich in der täglichen Wahrnehmung der "Unterschiede", der "Alterität" der Menschengruppen und in der technischen Sprache der Verwaltung, der Kommunikation und der Gesellschaftswissenschaften festsetzt, sind vermutlich drei Faktoren von vollkommen verschiedenem Typ notwendig:

1) Das Vorhandensein einer *Tradition* oder eines teils bewussten, teils unbewussten Schemas von kollektivem Gedächtnis, das mit der Geschichte der Institutionen und der Kultur verwoben ist und periodisch von historischen Ereignissen, die sein Andauern signalisieren, reaktiviert wird;

2) das aktuelle Vorhandensein einer *gesellschaftlichen Diskriminierungsstruktur*, die in den ökonomischen und Klassenverhältnissen notwendige Funktionen erfüllt und zumindest teilweise der Organisation des Staates innewohnt;

3) schliesslich eine institutionelle *Krisenkonjunktur*, in der das Verhältnis der Institutionen zu den eigenen ideologischen Grundlagen und das für die "Identität" konstitutive Verhältnis der Individuen zur Institution heftig er-

schüttert sind, wodurch ein Phänomen intellektueller und moralischer Unsicherheit produziert wird.

Tatsächlich können diese Elemente in der aktuellen Situation so gut wie überall in Europa ausgemacht werden. Zählt man sie auf, beginnt man *zugleich* zu begreifen, dass der Rassismus in Europa sehr tiefe, *permanente* Wurzeln und Grundlagen hat, und dass eine einzige Konjunktur vollständig genügt, damit er wieder zum *politischen* Phänomen wird. Denn die europäische Kultur enthält ihrem Wesen nach zwei spezifisch rassistische *ideologische Schemata*, die in der Lage sind, fortwährend Effekte kollektiver Wahrnehmung zu produzieren: das *koloniale Schema* und das *Schema des Antisemitismus*.

Wenngleich wohlbekannt, müssen hierzu einige Anmerkungen gemacht werden. Zunächst ist die "Dekolonisierung" weder vollständig gewesen noch wurde sie begleitet von einer kollektiven Kenntnisnahme dessen, was die "Aufteilung der Welt" unter die sogenannten "zivilisierten", in Wirklichkeit eher barbareiträchtigen Nationen bedeutet hatte. Und wenn die Kolonisierung im Kern ein europäisches Unternehmen gewesen ist, ist *auch* der Antisemitismus ein europäisches Phänomen gewesen. Ohne die Verurteilung des Nationalsozialismus im geringsten abzuschwächen, ist es an der Zeit, mit dem Mythos einer absoluten deutschen Besonderheit in dieser Beziehung Schluss zu machen: die Art und Weise, wie an beiden Enden des heutigen Europas, in den ehemals sozialistischen Ländern und in Frankreich, die Intensivierung des Nationalismus von der Rekonstituierung eines offenen Antisemitismus begleitet wird, kann uns leider die Augen öffnen. Es gibt auch andere Fremdenfeindlichkeiten, doch wenn die maximale Intensität des rassistischen Diskurses und Verhaltens dazu neigt, sich auf Bevölkerungen "arabisch-islamischen" Ursprungs zu fixieren, liegt es in meinen Augen zweifellos daran, dass hier eine *Kondensierung* des kolonialen und des antisemitischen Schemas stattgefunden hat.

Der Rückblick auf die traditionellen Schemata des europäischen Rassismus ist unerlässlich, wollen wir die *Paradoxa* der Beziehung zwischen rassistischer Ideologie und *nationalistischer* Ideologie analysieren können: meistens ist der Rassismus vom Blickpunkt des Nationalismus aus keineswegs *funktional*, im Gegenteil löst er in diesem zugleich nutzlose und störende Widersprüche aus. Allerdings gibt es praktisch kein historisches Beispiel eines Nationalismus *ohne* rassistischen Zusatz. Ich denke, dass der Rassismus eine "Flucht nach vorne" aus den Widersprüchen des Nationalismus darstellt, unter dem Druck seiner historischen Notwendigkeit bei gleichzeitiger praktischer Unmöglichkeit (in dem Sinn, dass kein einziger Nationalismus *realiter* sein Ideal einer gereinigten, vollkommen hegemonischen Gemeinschaft verwirklichen kann). Doch diese Flucht nach vorne wäre nicht praktikabel, wenn sie nicht zugleich eine *Flucht nach hinten* wäre, das heißt, wenn die rassistischen Denkschemata nicht in der Vergangenheit des Nationalismus angelegt wären. Davon abgesehen ist vollkommen klar, dass keinerlei Erklärung durch die Vergangenheit die Gründe wiedergibt, weshalb die rassistischen Schemata der nationalen, ethnischen und sozialen "Differenz" neu re-

aktiviert und kombiniert werden. *Zugleich* müssen also die *strukturellen Grundlagen* des gegenwärtigen Rassismus ausgemacht werden.

Am häufigsten analysiert worden ist die sozio-ökonomische Grundlage. Genauer ausgedrückt geht es um die *institutionelle Diskriminierung*, die in den Beschäftigungsstrukturen liegt, in der systematischen Verwendung eines Mechanismus der *Differentialreproduktion der Arbeitskraft* durch den Kapitalismus: jedenfalls global gibt es eine Entsprechung zwischen den Qualifikationshierarchien, dem Anteil der ausländischen Arbeiter und den unterschiedlichen Reproduktionsweisen, die es dem Kapital ermöglichen, die Ausbildungskosten für die nicht qualifizierten Arbeiter einzusparen, indem man sie aus beherrschten Regionen der Weltwirtschaft kommen lässt, in denen es teilweise keine Handelsproduktion und keine "sozialen Rechte" gibt, die die Arbeiterbewegungen der "fortgeschrittenen Länder" seit über einem Jahrhundert durchgesetzt haben.

Jener Analyse, die mir in sich unanfechtbar scheint, möchte ich nur zwei Ergänzungen hinzufügen. Zuerst trifft zu, dass die Differentialreproduktion der Arbeitskraft in der Geschichte des Kapitalismus ein konstantes Phänomen ist. Die sozialen und politischen Auswirkungen dieses Phänomens sind heute jedoch durch die Revolution, die in der Organisation und Funktion der *Kommunikationen* stattgefunden hat, modifiziert worden. Die heutige kapitalistische Welt ist nicht nur eine "Weltökonomie", sondern auch ein Raum weltweiter vereinheitlichter und monopolisierter Kommunikationen, in dem alle Bevölkerungen füreinander gewissermassen unmittelbar "sichtbar" und in Kontakt miteinander sind. Demzufolge bleiben sich die *beiden* durch die kapitalistische Entwicklung kulturell und sozial getrennten "*Menschheiten*" nicht *äusserlich* (jene beiden entgegengesetzten Menschheiten, die sich die rassistische Ideologie als jene der "Untermenschen" und jene der "Übermenschen", jene der "Unterentwickelten" und jene der "Überentwickelten" vorstellt), nicht durch grosse Entfernungen getrennt und nur "am Rande" zueinander in Kontakt gesetzt. Im Gegenteil durchdringen sie zusehends einander innerhalb desselben Kommunikations- und Lebensraums. Der Ausschluss nimmt die Form eines *weltweiten inneren Ausschlusses* an, d.h. genau jene Gestalt, die seit Beginn der Moderne nicht allein den Fremdenhass und die Angst vor dem Fremden, sondern den Rassismus als Angst und Hass vor einem anderen zugleich nahen und verschiedenen *Nachbarn* unterhält.

Die Entwicklung des *Klassenrassismus*, auch in jenen Ländern, in denen eine internationalistische Tradition der Arbeiterbewegung existierte, entspricht dem Übergang von einer Phase der "extensiven" Akkumulation, in der die immigrierten Arbeiter massenhaft rekrutiert und auf bestimmte Tätigkeiten eingeschränkt worden sind, zu einer Phase der Krise und der Arbeitslosigkeit, der eine neue eher "intensive" Akkumulation folgt, die die nicht-qualifizierte Arbeit auf das Minimum reduziert. Diese Abfolge von Phasen ist im EG-Raum genau mit der relativen *Stabilisierung* der in den 50er und 60er Jahren importierten Bevölkerungen ausländischer Herkunft zusammengefallen (in Deutschland die Türken, in Frankreich die Maghrebi-

ner): das heisst "Familienzusammenführung" und Aufkommen einer "zweiten", gar "dritten" Generation, die nicht mit denselben Mitteln wie die vorherige diskriminiert werden kann. Die Spaltung innerhalb der Arbeitskraft bleibt ein Klassenverhältnis, doch ist der Hauptaspekt tendenziell nicht mehr die *Überausbeutung*: es ist die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt im Kontext der Arbeitslosigkeit, es ist die *gemeinsame* Verarmung der Massen der "nationalen" und "ausländischen" Arbeiter und die Formierung der *Ghettos*, die eine "industrielle Reservearmee" beherbergen, oder um den Ausdruck von Julius Wilson zu benutzen, eine multi-ethnische und multi-kulturelle *underclass*. So kommt man auf das strukturelle Phänomen, das die aktuelle Phase charakterisiert und die Spannungen zwischen den Ausgebeuteten selbst pausenlos schürt: die *ethnische "Differenz" wird zwar global maximiert (im Weltmassstab), doch lokal (im Stadtmassstab) minimisiert*. Wenn man dieses Paradoxon nicht genau analysiert, kann man die Formierung des "Neo-Rassismus" nicht begreifen, insbesondere nicht den tendenziellen Übergang der (zur Zeit des Sklaventums und der Kolonisierung gebildeten) "biologischen" Stereotypen zu den "kulturellen" Stereotypen (die der Suche nach den "kleinen Unterschieden" zwischen gleichermassen verarmten Proletariern entsprechen).

Doch diese Elemente von Analyse sind ungenügend. Sie abstrahieren von der wesentlichen *Vermittlung*, durch die in den modernen Gesellschaften ökonomische Tendenzen zu kollektiven Vorstellungen artikuliert werden: ich meine die *Rolle des Staates* bis in die Organisation der täglichen Beziehungen zwischen den Individuen und demzufolge die Auswirkungen der Krise der staatlichen Institutionen auf das "Massendenken". Diese Dimension wirft uns auf die Frage der Verbindung zwischen Rassismus und Internationalismus und ihrer heutigen Form zurück. Ich schlage folgende These vor: grundsätzlich ist der moderne Rassismus nie eine blosser, auf die Pervertierung des kulturellen oder soziologischen Unterschieds gründende *Beziehung zum Anderen*, sondern eine *durch den Eingriff des Staates vermittelte* Beziehung zum Anderen. Oder noch besser (und hier verlangt eine grundsätzlich *unbewusste* Dimension konzeptualisiert zu werden): es ist ein *Konfliktverhältnis zum Staat, das auf abgelenkte Weise "erlebt" und auf eine Beziehung zum Anderen projiziert wird*.

Denn es ist der Staat, als Nationalstaat, der die "nationalen Minderheiten" oder pseudonationalen Minderheiten (ethnische, kulturelle, berufliche) real produziert. Ohne seinen juristischen und politischen Eingriff würden sie nur abstrakt bleiben. Erst von dem Zeitpunkt an existieren die Minderheiten real, an dem sie *kodifiziert* und *kontrolliert* werden. Genauso ist es der Staat, der seit über einem Jahrhundert eine Korrelation eingeführt hat, so strikt wie möglich (doch total kann sie nie sein), zwischen den Rechten der Staatsbürgerschaft oder der *Nationalität* und den individuellen oder kollektiven *sozialen* Rechten und damit selbst ein "*national-sozialer*" Staat geworden ist. Alle "fortgeschrittenen" Staaten, besonders die europäischen Staaten, sind national-soziale Staaten. Schliesslich ist es der Staat, der kontradiktorisch das entwickelt, was man einen *verunsichernden Sicherheitsapparat*

nennen könnte: das heisst einen Verwaltungs-, Polizei- und Justizapparat, der einen Teil der Bevölkerung schützen soll, indem er zugleich die Risiken für einen anderen Bevölkerungsteil anwachsen lässt, ohne dass die Trennungslinie zwischen beiden "Gruppen", beiden "Bevölkerungen" jemals klar gezogen werden kann, gerade dort, wo es notwendig wäre. Beispielsweise führt der moderne Staat die "illegale" Zirkulation der ausländischen Arbeitskraft ein, um sie gleichzeitig zu unterdrücken ... So steht er selbst als Ursache seiner eigenen Präsentation da, als zugleich übermächtige und machtlose Maschine, eine für die Individuen tief traumatisierende Darstellung.

Unter diesen Bedingungen scheint mir die entscheidende Frage über die wir weiter nachdenken müssen, folgende zu sein: *was ist heute der Staat in Europa?* Zweifellos kann eine solche Frage nicht in einfachen Begriffen gestellt werden, denn sie umfasst mehr als nur eine Dimension. Sie ist aber die entscheidende Frage zur Analyse des Rassismus, mit welchem wir zu tun haben, und zur Voraussage seiner Entwicklungslinien.

Auch hier ist das erste sich aufdrängende Kennzeichen ein *negatives*. Der Staat ist in Europa heute *weder national noch supra-national*, und weit davon entfernt zu verblasen, verschärft sich diese Zweideutigkeit mit der Zeit. Praktisch ist das, was in der *Aufteilung der Macht* zwischen der Ebene der "Nationalstaaten" und jener der "Gemeinschaftsinstitutionen" als eine Redundanz, als eine Konkurrenz der Institutionen untereinander erscheint, in Wirklichkeit eher ein tendenziell defizitärer oder Zerfallsprozess des Staates: Machtdefizit, Verantwortungsdefizit, Öffentlichkeitsdefizit. Als Institution der Zentralisierung der Macht, der man die Verantwortung einer Politik zuschreiben kann und die eine (im doppelten Sinn des Wortes) öffentliche Vermittlung zwischen den Interessen und den gesellschaftlichen Kräften ausübt, neigt der "Staat" in Europa dazu, zu verschwinden. Man könnte es so ausdrücken, dass wir eine Phase der "*Privatisierung*" des Staates antreten, die von einem neuen Typus ist und als Multiplizierung und Überlagerung öffentlicher Institutionen erscheint.

Das ist vermutlich Ergebnis der Tatsache, dass es für einen grundsätzlich als *staatliche Institution eines Marktes* konzipierten Staat dieses Typus – was in der Geschichte ohne Präzedenz ist: es ist gewissermassen die praktisch verwirklichte "liberale" Utopie – kein Vorläufermodell gibt. Umso weniger gibt es das, als diese Utopie sich in einer historischen Epoche zu verwirklichen anschickt, in der der "freie" Markt nicht mehr existieren kann: jeder Markt ist heute unentwerrbar ein Kräfteverhältnis zwischen öffentlichen und privaten transnationalen Korporationen und eine zugleich soziale wie ökonomische Organisation. Und was am europäischen Aufbau sofort auffällt, ist genau die Tatsache, dass er *von einigen Reden abgesehen keine tatsächliche soziale Dimension* besitzt: der europäische Staat ist als Sozialstaat weder von den Marktkräften noch von den Regierungen gewünscht worden, unterschiedliche historische Gründe haben bewirkt, dass die Arbeiterbewegung ihn, als sie noch in der Lage war, Einfluss zu nehmen, nicht durchgesetzt (und auch nicht tatsächlich erwogen) hat. Da aber die Grenze zwischen so-

zialem Recht und öffentlichem Recht (bzw. anders ausgedrückt, zwischen "sozialer Staatsbürgerschaft" und "politischer Staatsbürgerschaft") heute unmöglich zu ziehen ist, bedeutet das, dass es keinen "europäischen Rechtsstaat" gibt.

Die Konsequenz dieser Lage der Dinge, die wir täglich beobachten und die in der uns hier beschäftigenden Frage allgegenwärtig ist, ist das, was man die Herrschaft des *Etatismus ohne Staat* bezeichnen könnte. Von einem "europäischen" Gesichtspunkt aus ist es *Etatismus*, d.h. die Kombination von repressiven Verwaltungspraktiken und kontingenten Schlichtungen zwischen Partikularinteressen, was als Staat gilt (und den Eindruck eines staatlichen Wucherns vermittelt). Das Überhandnehmen der Macht ist die Macht eines Vakuums. So sind alle Bedingungen versammelt für die Produktion und den Unterhalt eines kollektiven Gefühls von *identitärer Panik* (denn die Individuen, und besonders diejenigen, die am mittellosesten und am weitesten von der Macht entfernt sind, fürchten zwar den Staat, doch fürchten sie noch mehr sein Verschwinden und seinen Zerfall: das ist das, was die anarchistische und marxistische Tradition nie begriffen und wofür sie extrem teuer bezahlt hat).

Man wird mich vermutlich fragen, welche Schlussfolgerungen ich aus diesen Vorschlägen zur Analyse des Rassismus ziehe, und vor allem welches praktische Verhalten wir ihm gegenüber entwickeln sollen. Diese Folgerungen massen sich keine Originalität an, sondern sollen nur eine entschieden *politische* Herangehensweise an diese Frage begründen, was bedeutet, die Ziele und die Handlungsmittel des Anti-Rassismus nicht allein auf dem Gebiet der Ethik, der Ideologie und des gesellschaftlichen Handelns, sondern vor allem auf dem Gebiet der Politik zu suchen. Ich tue dies auch aus dem Gedanken heraus, dass es sich nicht um einen Teufelskreis, sondern um eine *Beziehung der Gegenseitigkeit* handelt: die Entwicklung des Anti-Rassismus als transnationale Bewegung in einem europäischen Raum, über den sie notwendig hinausgeht, enthält heute *einen Teil* der Erneuerungsperspektiven demokratischer Politik. In Europa ist heute eine tendenziell rassistische Politik vorhanden. Aber existiert eine anti-rassistische *Politik*? Lediglich Versuche. Und hier neige ich zu sagen: die anti-rassistischen Meinungsbewegungen werden erst dann tatsächlich politische werden, wenn sie sich auf europäischer Ebene organisieren oder koordinieren werden. Eine – besonders schwer zu verwirklichende – Bedingung hierfür ist, dass es den diskriminierten "Minderheiten" selbst auch *zuerst* gelingt, eine gemeinsame Sprache, gemeinsame Zielsetzungen zu finden und ihre Aktionen zu koordinieren.

Mit der Erinnerung, dass es heute *unmöglich* ist, weder von den Lebensbedingungen ausgehend noch vom Gesichtspunkt der Kultur und nicht einmal vom Standpunkt des Rechts, eine klare Trennungslinie zwischen "eingeborenen" und "fremden" Bevölkerungen zu ziehen, habe ich natürlich nahegelegt, dass hier einer der Herde des *Massenrassismus* oder *Klassenrassismus* liegt (besonders des Rassismus innerhalb der Arbeiterklasse). Das ist eine ziemliche Gefahr, sowohl für die Minderheiten *wie für die Demokratie im allgemeinen*. Aber es ist auch das – bleiben wir vorsichtig –, was die Rekon-



stituierung von politischen Klassenbewegungen *denkbar* macht. Die klassische Arbeiterbewegung war auf die Produktion zentriert und hatte als historische Voraussetzung und immer weniger effektiven Horizont den Internationalismus. Eine künftige anti-kapitalistische Massenbewegung im Europa von morgen hat gewiss als Voraussetzung einen effektiven Anti-Rassismus, was viel mehr ist als Internationalismus.

Dieser aber wird wiederum nicht in der Lage sein, sich selbst zu reflektieren, wenn nicht in all ihren Dimensionen und in der Bevölkerung selbst die Frage der *Staatsbürgerschaft in Europa* gestellt wird, die ganz einfach *die andere Seite des Problems des Staates in Europa* ist. Ich sage erneut Staatsbürgerschaft in Europa, um die Zweideutigkeiten der Idee von "europäischer Staatsbürgerschaft" und der Idee der "Staatsbürgerschaft der Europäer" zu vermeiden (was allerdings erreicht wäre, wenn die Staatsbürgerschaft in Europa lediglich als die "Summe" der nationalen Staatsbürgerschaften betrachtet werden würde: aber genau das ist unmöglich).

Der politische Aspekt der Diskriminierungsstruktur im europäischen Raum oder des ethno-sozialen Komplexes, von dem ich anfangs sprach, ist der, dass es unabhängig von den offiziellen Grenzen im europäischen Raum faktisch Individuen gibt, die *Bürger* sind und andere, die *Untertanen* sind: aber die ersten sind *Bürger eines nicht-existierenden Staates*, und die anderen können in der Praxis nicht in einem Zustand der *absoluten Rechtlosigkeit* gehalten werden, es sei denn, man greift auf Formen der organisierten Gewalt zurück. Diese unhaltbare Situation wird genauso lange andauern, wie sich die Frage: *Was ist das Volk in Europa?* in der Realität nicht durchsetzt, und das heisst: Wie die *Volkssouveränität*, sofern sich Europa als Raum und Beispiel einer "demokratischen" Politik versteht, nicht organisiert und gedacht wird.

Diese Frage wird aber viele weitere nach sich ziehen, die dazu gehören: die Frage der Universalität des Wahlrechts, nicht nur als solches, sondern als Symbol des *Rechts auf Politik* für alle und folglich des Rechts auf *demokratische Kontrolle* der staatlichen Organisationen und der Wirtschaftspolitik; die Frage der *kulturellen Gleichheit* zwischen den verschiedenen historischen Bevölkerungen, die in der Praxis zur Formierung der öffentlichen europäischen Meinung beitragen; die Frage der Äquivalenz von sozialen und bürgerlichen Rechten, die ich weiter oben angedeutet habe. Schliesslich die Frage der Artikulation zwischen der *lokalen* Bürgerschaft (vor allem der urbanen) und der internationalen oder *transnationalen* Bürgerschaft. Wenn eine Ausweitung des Modells der nationalen Bürgerschaft oder des national-sozialen Staates auf den europäischen Massstab unmöglich ist, müssen in der Tat andere politische Wege und andere juristische Formeln zur Intensivierung der bürgerlichen Beziehungen *über* die Nation *hinaus* und jenseits von ihr gefunden werden. Mit diesem langen Umweg über die Fragen der Theorie und der Aktualität habe ich nichts anderes beabsichtigt als die Bekräftigung des unauflösbaren Charakters dieser verschiedenen Erfordernisse.

\* Der vorliegende, stark gekürzte Beitrag, gehalten am Kongress 'Migration und Rassismus' vom 27. - 30. Sept. 1990 in Hamburg, wurde von Eva Groepler übersetzt und erschien in 'Diskus', Nr. 4/90, Frankfurt. Eine überarbeitete Fassung war in Le Monde Diplomatique (Februar 1991) zu lesen: Du racisme archaïque à l'état de non-droit. La communauté européenne vue du dessous. Der Beitrag wird im Materialband des Kongresses erscheinen, herausgegeben vom Institut für Migrations- und Rassismusforschung, Rutschbahn 38, 2000 Hamburg 13. Siehe auch: Etienne Balibar/Immanuel Wallerstein: Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten. Hamburg 1990.

**friedenszeitung**

## Rassismus - Flucht – Asylpolitik

Die *friedenszeitung* berichtet unter anderem über Asylfragen, Fluchtgründe, Verfolgung und fremdenfeindliche Stimmungen im Land. Zum Beispiel: Festung Europa, Anti-Rassismus-Konvention, Dritte Asylgesetzrevision, Unterbringung in Zivilschutzbunkern, Frauen und Folter.

Bitte schickt mir

5 Nummern zu Rassismus und Asyl (Fr. 5.–)

Probenummern

Jahresabonnement (Fr. 50.–)

Name \_\_\_\_\_

Adresse \_\_\_\_\_

\_\_\_\_\_

**friedenszeitung, Postfach 6386, 8023 Zürich oder Telefon 01/  
242 85 28**